



STAATSBÜRGERLICHES ENGAGEMENT UND MITWIRKUNG DER KOMMUNEN: Einbeziehung der Basis

Im folgenden wird das Diskussionspapier, das von Gabriel Chanan von der Community Development Foundation für die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen erarbeitet wurde, kurz zusammengefaßt. Der Beitrag vermittelt einen Überblick über wichtige Forschungsmaßnahmen zum „staatsbürgerlichen Engagement“ und zu den Auswirkungen dieses Konzepts auf die Sozialpolitik.

■ Einleitung

Im Rahmen der Bemühungen der Europäischen Union um die Herausbildung eines breiten Gemeinschaftssinns ist zunehmend von der „europäischen Bürgerschaft“ die Rede. Auf dem ersten europäischen sozialpolitischen Forum, das im März 1996 stattfand, äußerte Kommissionspräsident Jacques Santer, daß *es notwendig sei, die Menschen zu mobilisieren*. Weiter führte er aus, daß *der Dialog wichtig sei und nichts ohne das Engagement der Bürger laufe*. Er nannte es eine *Notwendigkeit, eine durch aktivere Beteiligung geprägte Gesellschaft zu entwickeln*. Ähnliche Ansichten werden häufig von politischen Entscheidungsträgern auf nationaler und regionaler Ebene zum Ausdruck gebracht.

Das hier zusammengefaßte Diskussionspapier unterstreicht die praktische Bedeutung und Signifikanz eines Themas, dessen Wichtigkeit für die Sozialpolitik in der Europäischen Union bislang unterschätzt wurde. Allgemein gesprochen ist unter dem Begriff „staatsbürgerliches Engagement“ jede Form des produktiven Beitrags zur Gesellschaft zu verstehen. Die politischen Entscheidungsträger verbinden mit diesem Begriff die Fähigkeit der Menschen, sich aktiv in öffentliche Angelegenheiten einzubringen, sei es über formale demokratische Strukturen, durch die Presse, in der öffentlichen Debatte, über Vereinigungen, politische Parteien, die Gewerkschaften, lokale Vereine und Verbände oder einfach durch informelle Netze und gegenseitige Hilfe unter Nachbarn, Freunden und in der Familie.

■ Ziele

Anliegen des Diskussionspapiers ist es, politische Entscheidungsträger und Praktiker darüber zu informieren, wie das Engagement der Bürger für die Erreichung der Ziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu mobilisieren ist, und einige der Schlüsselfragen darzustellen, wie diese Thematik beim Übergang ins 21. Jahrhundert angepackt werden soll. Das vorliegende Diskussionspapier verfolgt daher die nachstehenden Ziele:

- Diskussion über das Verhältnis zwischen örtlichen Aktivitäten der Bürger und dem Funktionieren der lokalen Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Hintergrund kontinuierlicher Erfahrungen und neuer Erkenntnisse;
- Veranschaulichung der anhaltenden Bedeutung der wichtigsten Ergebnisse der Forschung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu Fragen der Aktivitäten der Bürger im heutigen Kontext;
- Unterbreitung von Vorschlägen, auf welche Weise die neue Sozial- und Wirtschaftspolitik diese Erfahrungen aufnehmen und nutzen kann;
- Ermittlung von Hinweisen darauf, wie sich staatsbürgerliches Engagement und lokale



■ Welchen Sinn hat die Einbeziehung der Bürger in das örtliche Geschehen?

Das Diskussionspapier benennt drei wichtige Punkte, die im Hinblick auf die stärkere Mitwirkung der Bürger aus politischer Sicht besonders zu berücksichtigen sind:

1. die Erkenntnis, daß die derzeitige wirtschaftliche Polarisierung zwischen begünstigten und benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft Gefahren für den sozialen Zusammenhalt birgt, d. h., der Zusammenhalt ist davon abhängig, daß sich die verhältnismäßig begünstigten Teile der Bevölkerung solidarisch gegenüber den schlechter dastehenden verhalten und die benachteiligten Gruppen merken, daß sie sozialen Schutz genießen;
2. die Erkenntnis, daß Leistungen des Staates und Sozialschutzmaßnahmen umgestaltet werden müssen, um sie den begrenzten Ressourcen und der wachsenden Nachfrage besser anzupassen und den Druck zu verringern, indem die Selbsthilfe stärker mobilisiert wird;
3. das Bewußtsein, daß die Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit der europäischen Rolle in der Sozialpolitik und -gesetzgebung einer breiten demokratischen Unterstützung bedarf.

Die zwischen 1987 und 1992 durchgeführten Forschungen der Stiftung zu Fragen des Engagements der Bürger ergaben, daß sich die Mitwirkung der Bürger in der Praxis im großen und ganzen im kommunalen Bereich vollzieht, d. h. im Rahmen kleiner, in sich geschlossener Gruppen und Netze, die in einem bestimmten Umfang in jedem Ort zu finden sind. Ihre Aktivitäten sind für viele Personen ein notwendiges Bindeglied zwischen dem Privatleben im eigenen Haushalt und dem öffentlichen Leben, zu dem sie auf diese Weise Zugang erhalten.

Die Forschungsarbeiten führten zu dem Schluß, daß die Mitwirkung auf kommunaler Ebene von umfassender Bedeutung ist. Allerdings sind die Aktivitäten oft sehr ungleichmäßig verteilt. Ob der Zusammenhalt im kommunalen Bereich funktioniert, die öffentliche Meinung zum Ausdruck kommt und die Entwicklung Impulse erhält, hängt davon ab, mit welchem Selbstbewußtsein vorgegangen wird. Zudem ist von entscheidender Bedeutung, ob es lokale Dachorganisationen oder Leitprojekte gibt, die helfen, den Bereich zielgerichtet zu entwickeln und zu koordinieren. Allerdings bleiben die Aktivitäten aufgrund mangelnder Anerkennung und Unterstützung in den meisten Orten weit unter den Möglichkeiten. Bedeutungsvoll sind die Ergebnisse insofern, als es sich gezeigt hat, daß die politischen Entscheidungsträger und Projektgestalter stärker die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen müssen, die in folgendem ihren Ausdruck finden:

- Die Menschen versuchen bereits, die Bedingungen zu verbessern. Wo sie dies nicht tun, ist die Situation noch ungünstiger.
- Dieser Prozeß vollzieht sich über ihnen zugängliche partizipative Träger, so klein diese auch sein mögen: Kontakt zu Politikern, einflußreichen Persönlichkeiten, Kirchen, Schulen, Unternehmen, Wohlfahrtseinrichtungen, Verbänden usw.
- Die Menschen finden in dem Bestreben um Verbesserungen in Gruppen zusammen bzw. gründen hierzu neue Gruppen, wobei viele dieser Gruppen regionalen und nationalen Traditionen folgend in mehr oder weniger dauerhafter oder offizieller Form existieren. Beispiele dafür sind die Elternverbände in Griechenland, soziale Vereine in Portugal sowie kommunale Projekte im Vereinigten Königreich und in Irland.

■ Beitrag des Engagements im kommunalen Bereich

Aktivitäten auf lokaler Ebene können einen erheblichen wirtschaftlichen Beitrag leisten, nicht nur durch die damit in gewissem Umfang entstehenden Arbeitsplätze, sondern auch wegen der Kosteneinsparungen und der direkten Auswirkungen der gegenseitigen Hilfe. Die Anerkennung der Bedeutung dieses „lokalen Faktors“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist im Steigen begriffen. In den EU-Dokumenten, angefangen von den Weißbüchern zur Sozialpolitik und zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung über den Bericht des Ausschusses de Weisen und die jüngsten Mitteilungen über Sozialschutz und über die Rolle freier Wohlfahrtsverbände und Stiftungen kommt die Einbeziehung und Mitwirkung von Gebietsansässigen und Bürge bei der Erreichung der Ziele von Programmen der EU immer stärker zum Ausdruck.

Unter anderem kann der kommunale Bereich einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Menschen leisten. Dies läßt sich in fünf Aufgaben zusammenfassen:

1. Überwindung von Demoralisierung und mangelnder Selbstachtung durch Förderung und Stärkung der sozialen Kontakte der Menschen;
2. Organisation gegenseitiger Hilfe und persönlicher Unterstützung, die den Menschen hilft, soziale Netze aufrechtzuerhalten, Informationen zu beziehen und in die Welt außerhalb des eigenen Heims einbezogen zu werden;
3. Vermittlung praktischer Erfahrungen bezüglich der Übernahme von Verantwortung, der gemeinsamen Lösung von Aufgaben und der Aneignung neuer Fähigkeiten, die bei der Verwaltung kommunaler Organisationen benötigt werden (viele ähneln denen, die für den Betrieb kleiner Unternehmen erforderlich sind);



4. Anregung der Gründung kommunaler Unternehmen, wobei durch das Wachstum der kommunalen Organisationen selbst Arbeitsplätze entstehen;
5. Förderung von Vereinbarungen über gegenseitige Hilfe, damit der einzelne mehr Zeit hat, einen Arbeitsplatz zu suchen und sich beruflich zu engagieren. Dies betrifft beispielsweise Mütter von Kleinkindern oder die Tätigkeit älterer Bürger für die Familie.

■ Eine Strategie für die Mitwirkung auf örtlicher Ebene

Das Diskussionspapier veranschaulicht das Verhältnis zwischen staatsbürgerlichem Engagement im allgemeinen und der Einbeziehung der Kommunen in offizielle Initiativen wie Erneuerungsprogramme. Es zeigt, daß alle Bereiche der Sozialpolitik davon profitieren, wenn kommunale Organisationen stärkere Beachtung und Unterstützung finden. Diese gibt es überall, aber oft auf einem niedrigen Entwicklungsniveau, was auf die lange Vernachlässigung in der Politik und ein generelles Informationsdefizit der Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit zurückzuführen ist.

Gleichzeitig wird der Versuch unternommen, bei offiziellen Initiativen wie Programmen zur kommunalen Entwicklung die Mitwirkung von Vertretern der örtlichen Gemeinwesen an den Förderplänen zu gewinnen. Allerdings ist es oft unklar, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Während nur eine geringe Zahl von Bürgern direkt in derartige Initiativen einbezogen werden kann, liegt der Schlüssel zum Erfolg in der Erstellung einer strategischen Übersicht über den Bereich, dem kommunale Gruppen und freie Wohlfahrtsverbände angehören. Durch den Aufbau ihrer Kapazität – im einzelnen wie auch über Netze – können diese Organisationen Möglichkeiten zur Mitwirkung auf vielen verschiedenen Ebenen bieten. Gestützt auf einen stärkeren lokalen Bereich kann sich die Vertretung der Kommune bei öffentlichen Programmen mit verstärktem Engagement der ortsansässigen Bevölkerung als Ganzem auf vielen verschiedenen Gebieten verbinden.

Das Diskussionspapier kommt zu dem Schluß, daß die Förderung des kommunalen Bereichs ein Standardbestandteil der sozioökonomischen Politik werden sollte, und gibt Hinweise auf sich herausbildende Fragen, so unter anderem, wie dies zu realisieren ist und auf welche Weise andere Veränderungen in der Sozialpolitik, die sich derzeit vollziehen, dadurch ergänzt werden. Insbesondere werden all jenen Vorschläge unterbreitet, die sich mit der größtmöglichen Verbesserung der Mitwirkung der

Kommunen und des staatsbürgerlichen Engagements in Europa befassen:

- In der Sozialpolitik geht es darum, stärker anzuerkennen, daß sich die Realisierung der Maßnahmen primär auf lokaler Ebene vollzieht.
- Die Entwicklung des kommunalen Bereichs könnte anhand spezifischer Maßnahmen erfolgen.
- Was das staatsbürgerliche Engagement anbelangt, so sollte von einer klaren Vorstellung bezüglich der objektiven Beschaffenheit des kommunalen Bereichs ausgegangen werden, sollten Vergleichsgrundlagen hinsichtlich des derzeitigen Standes der Mitwirkung festgelegt und Ziele für ein verbessertes Niveau festgelegt werden.
- Im Hinblick auf Projekte zur Maximierung der Mitwirkung der Bürger sollte ein festerer Rahmen für die Planung und die Evaluierung festgelegt werden: Dabei wäre Mitwirkung in erster Linie als Engagement der Einwohner im kommunalen Bereich, d. h. in den eigenen Vereinigungen, und in zweiter Linie bei der offiziellen Entscheidungsfindung in Vertretungen zu definieren.
- Maßnahmen zur verstärkten Arbeitsplatzschaffung könnten durch Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs von freiwilliger Tätigkeit zu bezahlter Arbeit und Kombinationen von bezahlter und unbezahlter Arbeit ergänzt werden.
- Der Begriff Ausbildung sollte dahin gehend erweitert werden, daß Arbeitsbereitschaft und verbesserte Beschäftigungsfähigkeit inbegriffen sind, die auf die Schaffung von Selbstvertrauen und den Erwerb von Kompetenzen bei der Mitwirkung auf lokaler Ebene zurückzuführen sind.

■ Wie geht es weiter?

Wenn man die Entwicklung des kommunalen Bereichs zu einem Ziel der Sozialpolitik erklärt, bedeutet dies, daß sie in einem neuen Licht gesehen werden muß und darf. Am Ende dieses Diskussionspapiers steht daher kein Schlußpunkt, sondern es werden neue Horizonte eröffnet und es wird festgestellt, was es noch zu erkunden gilt:

- Inwieweit ist die Einbeziehung der kommunalen Ebene derzeit Bestandteil der Erneuerungspolitik in den verschiedenen Programmen der EU und der Mitgliedstaaten?
- Welche Basis besteht für die Anerkennung des kommunalen Bereichs in den verschiedenen Mitgliedstaaten?





VERÖFFENTLICHUNGEN

5
4
SX-11-97-487-DE-C

EINSCHLÄGIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Die Veröffentlichungen der Stiftung sind erhältlich von den offiziellen Verkaufsstellen der EU oder vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, L-2985 Luxembourg. Wenn keine Preise erwähnt werden, ist das Dokument kostenlos auf Anfrage von der Stiftung lieferbar.

1. Active Citizenship and Community Involvement: Getting to the Roots (1997)
Kat.-Nr. SX-09-97-301-EN-C

2. Local Partnership: A Successful Strategy for Social Cohesion? (1997) (in Kürze)

3. Local Community Action and Social Policy (1993)
Kat.-Nr. SY-78-93-201-EN-C

4. Out of the Shadows: Local Community Action and the European Community (1992)
Kat.-Nr. SY-474-92-443-EN-C
ECU 15,00

WEITERE INFORMATIONEN

Nähere Einzelheiten zu diesem Projekt erhalten Sie bei:
Teresa Renehan
Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen,
Wyattville Road,
Loughlinstown,
Co. Dublin, Irland
Tel. (353-1) 204 31 00
Fax (353-1) 282 64 56/42 09
E-mail:
teresa.renehan@eurofound.ie

.....
Copyright: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Vervielfältigung von Beiträgen ist – ausgenommen für kommerzielle Zwecke – jederzeit ohne zusätzliche Erlaubnis gestattet, wenn die Quelle angegeben und der Stiftung ein Exemplar übersandt wird.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen,

Wyattville Road, Loughlinstown, Co. Dublin, Irland.

Tel. (353-1) 204 31 00

Fax (353-1) 282 64 56/42 09

E-mail: postmaster@eurofound.ie

EF/97/57/DE



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

ISBN 92-828-2539-6



9 789282 825396

L-2985 Luxembourg